Monatsspiegel

April 2020

SPD Erlangen

Adressaufkleber

Zusammenhalt in schwierigen Zeiten

Von Sandra Radue
Stellvertretende Kreisvorsitzende

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
ich schreibe diesen Leitartikel in Zeiten, wie wir sie noch nie erlebt haben. Das Corona-Virus hat Deutschland fest im Griff und unser Leben in einem Maß auf den Kopf gestellt, wie wir es uns noch vor zwei Wochen kaum vorstellen konnten. Alles andere tritt in den Hintergrund. Wahlkampf, KMV, Koalitionsverhandlungen... das alles spielt gerade nur eine nachgeordnete Rolle.
Momentan schauen wir dankbar ins Rathaus und sind froh, dass unser Oberbürgermeister Dr. Florian Janik hier mit Führungsstärke und Kompetenz, aber vor allem unter unglaublicher Kraftanstrengung dafür sorgt, dass alles getan wird, um wenn möglich die Ausbreitung der Infektionen einzudämmen und bestmöglich für noch schlimmere Entwicklungen vorzusorgen. Denn wie der Verlauf der Infektionen und lebensbedrohlichen Erkrankungen sein wird, kann heute noch keiner voraussagen.
Aber auch der Blick in die nähere und weitere Zukunft lässt mich – wie sicher viele von Euch – mit großer Unsicherheit zurück. Wie wird unsere Gesellschaft aussehen, wenn die Infektionswelle abgeebbt ist, Kranke gesund und die – hoffentlich nicht zu vielen – Toten beerdigt sind?
Wird nach dieser Phase des Stillstands ein Umdenken einsetzen oder wird der Turbo-Kapitalismus wieder nahezu unreguliert Fahrt aufnehmen? Werden wir aus der Erkenntnis, was die wirklich systemrelevanten Berufe sind, eine höhere Entlohnung gerade der Menschen anstreben, die wir jetzt als unverzichtbar erkannt haben? Wird sich die Einsicht durchsetzen, dass ein rein marktwirtschaftlicher Blick auf Kliniken und das gesamte Gesundheitssystem zu lebensgefährlichen Fehlentwicklungen führt? Werden wir erkennen, dass regionale und saisonale Erzeugung doch auch einen gewissen Vorteil bietet? Werden wir unserem Einzelhandel, unserer Gastronomie, unseren Freizeiteinrichtungen in Zukunft mehr Wertschätzung entgegenbringen? Werden wir den Menschen, für die sich diese Krise existenzbedrohend auswirkt die Hand reichen und unbürokratische Lösungen finden? Werden wir in dieser Phase des Stillstands, in der das Klima merklich aufatmet, den Wert der Natur und der natürlichen Ressourcen erkennen und vielleicht zu einem Umdenken gelangen?
Heute bin ich eher pessimistisch. Die Herausforderungen werden riesig sein. Da wird die Weltwirtschaft am Boden liegen, die Arbeitslosigkeit in die Höhe schnellen, öffentliche Haushalte aufgrund von Gewerbesteuereinbrüchen die reine Mangelverwaltung sein. Die Gefahren des Virus haben es erforderlich gemacht, zum Schutz vor Infektionen tiefgreifend in unsere Freiheiten

Fortsetzung auf Seite 3

07.04.	19:30	Jusos: Sitzung		S. 15
21.04.	19:30	Jusos: Sitzung		S. 15
28.04.	20:00	Kreismitgliederversammlung	Turnerbund	S. 3

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
Vorsitzender: Dieter Rosner
Mitarbeiter: Christian Wonnerth
Friedrich-List-Straße 5,
91054 Erlangen
Telefon: 09131-8126522
Fax: 09131-8126513
E-Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: www.spd-erlangen.de
Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
IBAN DE82 7635 0000 0000 0120 05

Bürozeiten:

Montag	07:00 bis 10:30 Uhr
Dienstag	07:00 bis 11:30 Uhr
Mittwoch	14:00 bis 18:00 Uhr
Donnerstag	07:30 bis 10:30 Uhr
Freitag	14:00 bis 16:00 Uhr

und nach Absprache

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
Vorsitzende: Barbara Pfister
Geschäftsführerin: Nina Riebold
Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Telefon: 09131-86-2225
Fax: 09131-86-218 1
E-Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de
Internet:www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten:

Montag	09:00 bis 13:00 Uhr
Dienstag	09:00 bis 13:00 Uhr
Mittwoch	09:00 bis 13:00 Uhr
Donnerstag	09:00 bis 13:00 Uhr
Freitag	geschlossen

Impressum

Herausgeber
SPD-Kreisverband Erlangen, Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit: Katharina Ullmann (ku, presserechtlich Verantwortliche, Anschrift wie oben), Lars Thomsen, Sandra Radue (sr)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Monika Fath-Kelling, Volker Lang, Mark Schuster

Druck: Gutenberg Druck und Medien, Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

und Grundrechte einzugreifen. Diese Eingriffe müssen sobald es geht wieder rückgängig gemacht werden. Sie dürfen nur ein vorübergehende, stets nach Verhältnismäßigkeit bewertete Ausnahme sein. Machen wir uns nichts vor: Gerade jetzt ist die Gefahr von nationaler Abschottung, von dauerhaften Eingriffen in die demokratischen Grundrechte, von Radikalisierung und Gewalt groß. Es wird ein langer Weg zurück in die Normalität sein. Und wir müssen besonders wachsam sein, dass hier die rechten Kräfte in unserem Land nicht die Chance ergreifen und politisch noch mehr Einfluss gewinnen.

Aber wenn ich eines weiß, dann dies: Auch aus Krisen können sich positive Entwicklungen ergeben. Nicht sofort! Und es bedarf riesige Anstrengungen der gesamten Gesellschaft. Wenn wir alle zusammen helfen, kann ein Umdenken stattfinden. Die Welle der Hilfsbereitschaft, die sich in diesen Zeiten formiert, zeigt: Solidarität ist möglich. Keine andere Partei kann auf diesen Wert so sehr zurückblicken wie die SPD. Keine andere Partei kann die Stimme der Menschen sein, die in dieser Krise am meisten zu verlieren haben. Und ebenso, wie wir uns in unserer 150jährigen Geschichte immer wieder auf die richtige Seite gestellt haben, werden wir auch jetzt die Interessen und Rechte der Arbeitnehmer*innen, der Menschen in den Pflegeberufen, der Kulturschaffenden, der Einzelhändler*innen, der Gastwirt*innen, der Frauen, der Migrant*innen, der Behinderten – kurz gesagt: Aller Menschen zu vertreten haben. Wir sind ihre Stimme. Gerade deshalb muss es uns gelingen, mit allen Verantwortlichen diese große Krise zu bewältigen. Und zugleich ist es unglaublich wichtig, auch in der Krisenzeit Formen und Orte zu finden, wie wir über eine Gesellschaft diskutieren, die aus der Krise lernt. Wie wir gerade merken, gibt uns die digitiale Welt so viele Möglichkeiten, in Kontakt zu treten und uns auszutauschen. Auch das sollten wir schon jetzt für unsere Parteiarbeit nutzen.

Auch wenn ich heute noch nicht weiß, wie die Stichwahl am 29.3. ausgegangen sein wird: Ich bin überzeugt davon, dass wir mit Florian Janik in Erlangen einen Oberbürgermeister haben, der das im Blick hat. Der für eine Stadt für Alle brennt und niemanden vergisst. Danke, dass Ihr in diesem Wahlkampf an seiner und unserer Seite wart!

Liebe Genossinnen und Genossen,

um die Kommunikation in diesen schwierigen Zeiten zu erleichtern, bitten wir euch - falls noch nicht geschehen - eure Mailadressen dem Büro

buero@spd-erlangen.de

zukommen zu lassen, sodass wir euch in den Mailverteiler aufnehmen können.

Vielen Dank!

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

Kreismitgliederversammlung

am Donnerstag, 28. April 2020, 20:00 Uhr
Turnerbund, Spardorfer Straße 79

Als Tagesordnung schlagen wir Euch vor:

1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder
2. Diskussion zum Wahlausgang
   Mögliche Bündnisse im Stadtrat
3. Anträge
4. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
5. Verschiedenes

Bitte beachtet, dass wir angesichts der aktuellen Situation nicht sicher sagen können, ob und in welcher Form die Kreismitgliederversammlung stattfindet. Infos erhaltet ihr per Mail. Wenn ihr nicht in unserem Mailverteiler seid, informiert euch bitte über das Parteibüro.

Dieter Rosner Philipp Dees Sandra Radue

Rückblick auf den Wahlkampf

Vielleicht haben wir bei diesem Wahlkampf nicht ganz das Ergebnis erzielt, das wir erhofft hatten. Aber an Eurem Einsatz kann dies auf keinem Fall gelegen haben. Hier präsentieren wir das weltbeste Plakatierungsteam im Einsatz. Klar – sich den Sonntag mit Kleister und Eimer um die Ohren zu schlagen – da kann man sich sicher was Schöneres vorstellen. Nicht so unsere mobile Einsatztruppe! Wie viel Spaß sie bei Ihren beinahe wöchentlichen Runden hatten, könnt ihr ansatzweise auf den Fotos hier erahnen. Auf unserer Facebook-Seite könnt Ihr einige Beiträge auch animiert ansehen ;-)
Nicht nur beim Plakatieren habt Ihr alle großartigen Einsatz gezeigt. Kaum war der erste Spendenaufruf auf dem Weg, trudel-

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im April Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute!

01.04. Marianne Tititz
75 Jahre

01.04. Renate Habermeier-Straube
79 Jahre

01.04. Wolfgang Kummer
72 Jahre

03.04. Irina Seide
73 Jahre

04.04. Gerd Peters
77 Jahre

06.04. Gerhard Schrobenhauser
92 Jahre

08.04. Andreas Lochner
84 Jahre

09.04. Klaus Schramm
81 Jahre

12.04. Hildegard Gröger
65 Jahre

14.04. Martin Böller
79 Jahre

15.04. Manfried Symanek
88 Jahre

20.04. Armin Braun
65 Jahre

20.04. Claus Uhl
91 Jahre

20.04. Gerhard Ettel
86 Jahre

20.04. Waltraut Symanek
86 Jahre

22.04. Heinrich Häusinger
82 Jahre

24.04. Herbert Ziegler
72 Jahre

27.04. Heide Wegener
88 Jahre

27.04. Heidrun Schroeder
83 Jahre

28.04. Brunhilde Hummich
80 Jahre

30.04. Karlotta Quraishi
50 Jahre

ten zahlreiche Spenden ein.
Auch die Verteilungen gingen mit Eurer Hilfe problemlos über die Bühne. Und das, obwohl euch die Wahlkampfleitung wirklich mit dem Gewicht der Kandidat*innen-Broschüre und dem Falten des OB-Flyers viel abverlangt hat.
Und dass unsere Infostände – solange wir dies noch abhalten konnten – immer so gut besetzt waren, war oft eine richtige Überraschung.
Am überwältigsten war aber die unglaublich große Beteiligung beim Tür-zu-Tür-Wahlkampf. Kaum zu glauben, aber wir haben in der Zeit von September bis zur Wahl an über 10.000 Türen geklingelt.
Mit all diesen Aktionen haben wir eine große Präsenz der SPD erreicht und haben gezeigt: Wir sind da für die Menschen.
Das ist natürlich nur zu leisten, wenn hinter all dem ehrenamtlichen Engagement jemand steht, der alles koordiniert und organisiert. Christian und Tobi – Ihr wart Spitze! Und auch der gesamte Rest der Wahlkampfleitung hat unermüdlich gearbeitet – im Ehrenamt neben den normalen Jobs und anderweitigen Verpflichtungen. Auf unsere Partei können wir wirklich stolz sein!

In eigener Sache

Liebe Genossinnen und Genossen,

seit einem Jahr bin ich Monatsspiegel-Referentin und es macht mir jeden Monat wieder Spaß aus allen eingehenden Beiträgen eine Zeitung zu basteln.
Leider habe ich immer wieder das Problem (so auch in diesem Monat) dass die mir zugeschickten Beiträge nicht reichen, den Platz zu füllen.
Der Monatsspiegel soll das Leben der Erlanger SPD widerspiegeln. Das geht aber nur, wenn ihr euch beteiligt.
Nur durch eure Beiträge kann ich den Monatsspiegel füllen und nur durch viele verschiedene Beiträge wird er auch interessant.
Ich bitte euch: schickt mir Berichte und Bilder von euren Aktionen und Veranstaltungen, Kommentare, Diskussionsbeiträge, Leserbriefe, Buchbesprechungen und und und... an:
Monatsspiegel@spd-erlangen.de
Ich würde mich freuen, von euch zu lesen.
Katharina Ullmann

Hubertus Heil in Erlangen

Von Volker Lang

Am 15.02. traf sich der Bundesarbeitsminister Hubertus Heil auf Einladung unserer Bundestagsabgeordneten Martina Stamm-Fibich mit Betriebs- und Personalräten aus der Region und dem Kreisverband. Unter den Betriebsraten waren auch mehrere Genoss*Innen vertreten, auch Florian Janik beteiligte sich an der Debatte und hörte zu. Im Gespräch mit Heil berichteten die Räte über aktuelle Herausforderungen in der betrieblichen Interessensvertretung. Während Vertreter von Siemens Healthineers Verbesserungen für die Situation von Mitarbeiter*Innen in Leih- und Werkverträgen angemahnt haben, ist in anderen Bereichen von Siemens die immer weiter gehende Ausgliederung von Unternehmensteilen und der damit verbundenen Schwächung der Interessensvertretung ein wichtiges Thema. Auch beim Automobilzulieferer Schaeffler sind Restrukturierungsprogramme akut, dort auch in Verbindung mit Personalabbau.

Die Debatte von Möglichkeiten zu Regulierung von Arbeitszeiten wurde durch eindrucksvolle Beispiele des Universitätsklinikums zu Langzeitschichten, Bereitschafts- und Verfügungsdiensten ergänzt. Zusammenfassend werde trotz vieler klassischer Konflikte zwischen Belegschaft und Arbeitgebern es zunehmend zum Problem, die wachsende Anzahl an individualisierten Interessen kollektiv zu vertreten. Hubertus Heil berichtete auch von seiner Arbeit, kündigte an, dass die Grundrente nun bald kommen würde, die für sehr viele Menschen, insbesondere Frauen, eine erhebliche Verbesserung ihrer Situation darstellt. Allerdings sei das beste Mittel gegen Altersarmut nicht eine Grundrente, sondern gute Löhne. Da sei noch viel zu tun. Erl wies auf die Wichtigkeit der Stärkung der Tarifbindung hin, mahnte aber eindringlich sich auch um diejenigen zu kümmern, die nicht in den Genuß eines Jobs unter Tarifvertrag oder Interessensvertretung kommen. Die anwesenden Betriebs- und Personalräte waren mit den Ausführungen zufrieden, gaben Hubertus Heil aber auch noch viele Hausaufgaben mit auf den Weg.

Die neue Stadtratsfraktion

Munib Agha

„Für eine vielfältige und weltoffene Stadtgesellschaft, die Haltung gegen Rassismus zeigt."

Telefon: 09131 9731164
Mobil: 0160 3581886
munib_agha@hotmail.com

Dr. Florian Janik

„Eine Stadt für ALLE – weltoffen aus Tradition."

Sandra Radue

„Ich will, dass in der Bildung keiner auf der Strecke bleibt."

Telefon: 09131 4003764
sandra.radue@gmx.de

Anette Christian

„Gleiche Chancen in Erlangen für Menschen jeden Alters, jeden Geschlechts, jeder Herkunft und jeder gesundheitlichen Situation."

Mobil: 0151 15314447
anette.christian@web.de

Gisela Niclas

„Ich engagiere mich für ein inklusives Erlangen, das allen Menschen gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe sichert."

Telefon: 09131 993398
gisela.niclas@gmx.de

Dr. Andreas Richter

„Den Klimanotstand konsequent bekämpfen. Sozial gerecht in einer Stadt für alle."

Telefon: 09131 501479
Mobil: 0179 5982208
andreas.m.j.richter@web.de

Dr. Philipp Dees

„Eine lebenswerte Stadt, in der zu wohnen sich jede*r leisten kann – daran möchte ich im Stadtrat weiter arbeiten."

Telefon: 09131 483791
philipp.dees@gmx.de

José Luis Ortega Lleras

„Für ein friedliches, respektvolles Miteinander aller Menschen, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, religiöser Überzeugung oder sexueller Orientierung."

Telefon: 09131 9176508
Mobil: 0151 27023644
spd@jose.ortega.name

Aydan Eda Simsek

„Mehr junge Menschen in die Politik! Ich setze mich für eine jüngere, weiblichere und nachhaltigere Politik in Erlangen ein!"

Mobil: 0157 54350484
Eda.simsek@hotmail.de

Valeria Fischer

„Kultur sollte für alle Menschen zugänglich sein!"

Telefon: 09131 9333248
Mobil: 0151 41436731
valeria-fischer@t-online.de

Barbara Pfister

„Ich setze mich für eine Stadt ein, in der alle Menschen frei und selbstbestimmt leben und ihre Stadt mitgestalten können."

Telefon: 09131 502481
Mobil: 0176 21326541
barbara.pfister@fen-net.de

1. Nachrücker: Dr. Clemens Heydenreich

„Soziales und Kulturelles, Ökologie und Wirtschaft: Wenn der Stadtwandel der kommenden Jahre gelingen soll, müssen wir all diese Bereiche vernetzt zusammendenken!"

Telefon: 09131 9231456
Mobil: 0177 1662897
clemens.heydenreich@web.de

Aus dem Bauch gesprochen:

Sag, wie hältst du‘s mit der Religion …

Zu Andreas Scheunpflugs Beitrag zum Thema

Von Monika Fath-Kelling

Dieses Thema sorgt deshalb für „Puls“ weil bei Betrachtung des Gegenstands wieder und wieder derselbe Fehlschluss gezogen wird.
Jeder darf glauben was immer er als glaubwürdig betrachtet. Das ist Grundrecht, so soll es sein. Oder eben nicht glauben. Auch das ist verbrieftes Recht. Bedauerlicherweise werden Menschen die Glaubenskonstrukten wenig bis gar nichts abgewinnen können als menschlich, moralisch, ethisch defizitär betrachtet: Der „normale“ Mensch hat einen Gottesbezug, eine Seele, ein Gewissen, einen Jenseitsbezug zu haben, sonst ist er nicht vollständig „Mensch“. Aus diesem herablassenden Dünkel des Religiösen speist sich das über Jahrhunderte alte Pfründen- und Korruptionssystem rund um „den Glauben“.
Auch Andreas Scheunpflug geht mit seiner Forderung eines grundsätzlich „wohlwollenden Blicks“ auf Religionsgemeinschaften auf diesen Leim. Religiöse Menschen müssen sich kritische Distanz gefallen lassen, genauso wie religionskritische Menschen es tolerieren müssen, wenn Religiöse ihr Heil und Wohlergehen an welche Vorstellungen und Ideen auch immer knüpfen.
Was peinlich gewahrt sein sollte dabei: Gleichbehandlung vor Recht und Gesetz.
Dies ist nicht der Fall. Das mag langer „Tradition“geschuldet sein, aber ist nicht länger hinnehmbar. Nicht die Religionskritischen brauchen mehr religiöse Kompetenz und mehr Detailwissen über religiöse Praktiken, Strukturen, Dogmen, sondern die Religiösen müssen Abschied nehmen von lieb und teuer gewordenen Vorrechten, Förderungen und ihrem Anspruch auf Deutungshoheit. Unser Staat braucht dringend Neuverhandlungen mit den privilegierten Religionsgemeinschaften im Sinne der Herstellung von Gleichbehandlung und diskriminierungsfreien Umgang mit Nicht-Gläubigen.
Jeder einzelne der über 30% religionsfernen Menschen hat ein im Grundgesetz verbrieftes Recht auf Gleichbehandlung und einen diskriminierungsfreien Umgang.
Gerade weil sich unsere Gesellschaft immer mehr zu einer religiös-vielfältigen Mischung weiterentwickelt ist dieser weltanschaulich neutrale und diskriminierungsfreie Ansatz der Gesamtgesellschaft absolut unverzichtbar. Durch fortwährende Ausnahmeregelungen und falsch verstandenes Hinnehmen von Verletzungen der zu garantierenden Grundrechte wird unsere staatliche Rechtsordnung fortwährend gebeugt, unterlaufen, konterkariert. Um ein paar Beispiele anzuführen: Genitalverstümmelungen verschiedenster Art, Schutz von Sexualverbrechern durch Kirchenrecht, Bischofsgehälter aus staatlichen Steuergeldern, Säuglingstaufe mit den daraus folgenden kirchenrechtlichen Konsequenzen, Sonderregelungen beim Arbeitsrecht, konfessioneller Religionsunterricht an Schulen, …viele weitere solcher „Dilemmata“ können angeführt und als „Tradition“ getarnter Rechtsbruch täglich bestaunt werden. Es wäre höchste Zeit klar und entschieden für den demokratisch verfassten Rechtsstaat die ihm zukommende Vorrangstellung einzufordern, denn nur so können Anhänger der verschiedensten Glaubenskonstrukte daran gehindert werden sich im Namen ihrer „Visionen“ die Köpfe einzuschlagen. Zuerst gilt demokratisch verfasstes Recht, dann, an nachgeordneter Stelle, kann Religionsfreiheit innerhalb dieses Rechtsrahmens gelebt werden.

Von Bonn nach Berlin: Parteien im Wandel

Vor dem Ende einer Ära – die CDU

Von Mark Schuster

Ende 2014 geschah in Köln Ungewöhnliches. Die Wahlen zum Oberbürgermeister der Stadt standen bevor. Der Amtsinhaber, Jürgen Roters von der SPD, trat nicht mehr an – eine gute Gelegenheit für die CDU. Doch die tat sich schwer, einen Kandidaten zu finden. Die Grünen der Stadt hatten eine Idee: Henriette Reker. Vertrauliche schwarz-grüne Gespräche wurden geführt. Nachdem die CDU Zustimmung signalisiert hatte, stellten die Grünen Reker auf. Die städtische CDU tat es ihnen nach, ebenso die FDP. Das Ergebnis ist bekannt. Angesichts ihrer Zerstrittenheit war die Kölner CDU zufrieden. Als Leistungsnachweis der – nach eigenem Anspruch – letzten echten Volkspartei CDU konnten die Ereignisse von Köln aber nicht dienen. Keinen Kandidaten aus den ei-

genen Reihen zu haben wiegt schwerer, als Wahlen tatsächlich zu verlieren. Köln erwies sich als frühes Menetekel für den Zustand der CDU, noch bevor Merkels Flüchtlingspolitik die Partei zu zerreißen drohte.

Auf der Ebene des Bundes und auch der meisten Bundesländer mangelt es der CDU nicht an Parlamentskandidaten. In den Städten und erst recht in kleineren Gemeinden hat sich das gewandelt. Die Parteien tun sich schwer, genügend Kandidaten zu finden, auch weil – wie bei der SPD – die Zahl der Mitglieder immer weiter sinkt. Seit Beginn der 80er-Jahre gibt es einen Trend nach unten, und zwar unabhängig von der Politik der Parteispitze und davon, ob die Partei an der Regierung oder in der Opposition ist. In der Nachkriegszeit hatte die CDU knapp 40.000 Mitglieder und stand im Ruf einer Honoratiorenpartei. Zur Volkspartei wurde sie erst in den 70ern, einer Zeit der politischen Polarisierung, angetrieben vom jungen Parteivorsitzenden Helmut Kohl, organisiert von seinen Generalsekretären Kurt Biedenkopf und Heiner Geißler. Den Höhepunkt markierte das Jahr 1983 mit 734.000 Mitgliedern. Nach der Bundestagswahl 2017 verblieben der Partei noch 426.000 Mitglieder.

Dass der Altersdurchschnitt in der CDU bei 60 Jahren liegt, kommt noch hinzu. Der Anteil derjenigen, die nicht mehr Ämter, Mandate und Kandidaturen zur Verfügung stehen, stieg an. Wo die Mitglieder fehlen, lässt der politisch organisierte Druck nach, der von Engagierten und Jüngeren ausgeht. Nicht nur bei Wahlen, auch an der Basis können Volksparteien zerbröseln. Wie auch im Falle der SPD halten Sonderaktionen der CDU-Spitze nur begrenzt, den Trend auch nur aufzuhalten. Die Bindewirkung der CDU litt darunter. Die örtlichen Parteigliederungen verschließen sich dem Engagement der neu Zugezogenen – ein Problem, das nicht nur die CDU und andere Parteien betrifft!. In einer Gesellschaft, die ein wachsendes Maß an beruflicher und regionaler Mobilität erfordert, ist das ein Problem. Es entstand eine politisch folgenreiche Ungleichzeitigkeit – ein abwärtsführender Teufelskreis.

Spannungen zwischen den „Lagern“

Zugleich leben die Gründungsmythen der CDU fort. Der wichtigste und älteste wird darin ersichtlich, dass der Begriff „Partei“ im Namen der CDU nicht auftaucht. Eine „Union“ will sie sein, weshalb ihre Redner*innen auf Parteitagen auf sperrige Weise von ihrer Union sprechen. Katholiken und Protestanten wollte sie nach dem Krieg in einer Partei vereinen, Arbeitnehmer und Arbeitgeber ebenfalls – was ihr auch gelang. Dies alles war damals nicht selbstverständlich und wird noch immer gewürdigt. Noch heute gibt es Bestrebungen, die Zahl von Katholiken und Protestanten in der Parteispitze und im Bundeskabinett zu analysieren. Andererseits spielt der einstmals gegen die Übermacht der Katholiken in der CDU-Spitze gegründete Evangelische Arbeitskreis im innerparteilichen Gefüge nicht mehr die gleiche Rolle wie früher, und vor Parteitagen werden ökumenische Gottesdienste abgehalten. Für die Realpolitik aber spielt das kaum noch eine Rolle. Ohnehin hatten die Unionsparteien stets nur eine „christliche“, nicht aber eine kirchlich gebundene Organisation sein wollen. Und so wie die Zahl der regelmäßigen Kirchgänger zurückging, nahm auch die Zahl der CDU-Mitglieder stetig ab. Die Grünen sind auch nun bei den Christen zur Konkurrenz geworden.

Spannungsgeladen blieb das Verhältnis von „Arbeitgebern“ und „Arbeitnehmern“ in der Union, das in den Bonner Jahren als Rechts-Links-Konflikt zutage getreten war und später in der Auseinandersetzung „Pro und Contra Merkel“ eine Renaissance erfuhr. Beim Kurswechsel in der Atompolitik, den Merkel und die CDU-Führung 2011 nach der Katastrophe von Fukushima vollzogen, sah sich der sog. Wirtschaftsflügel übergangen. Dass sich die Unionsparteien auf die Einführung einer Frauenquote in DAX-Unternehmen einließen und auch bei der Einführung von Mindestlöhnen nachgaben, hielten die Wortführer des CDU-Wirtschaftsrates und der Mittelstandsvereinigung für falsch. Sie unkten, Merkel betreibe eine im Kern sozialdemokratische Politik und gebe um des lieben Friedens willen der SPD zu sehr nach. Je nach Persönlichkeit und den jeweiligen Karriereplänen drückten sich die Kritiker aus. Wer nichts (mehr) werden wollte in der Partei, tat es laut und provokativ, wie etwa die Spitze des Wirtschaftsrates. Wer noch Pläne hatte, hielt sich an den innerparteilichen Komment, das Kritik sein dürfe, aber ohne die Arbeit Merkels auf illoyale Weise zu erschweren.

Solche Spannungen haben Tradition. Adenauer legte Wert auf ein tragfähiges Einvernehmen mit den Gewerkschaften, wie die Einführung der Montan-Mitbestimmung bewies. Bei der Einführung der Pflegeversicherung gab Kohl seinem Arbeitsminister Norbert Blüm freie Hand. Nicht den Ludwig-Ehrhard-Preis wolle er gewinnen, hielt der Kanzler den Gralshütern des Wirtschaftsliberalismus vor, sondern Wahlen. Zugleich freilich pflegte Kohl auch freundschaftliche Beziehungen zu Wirtschaftsgütern, insbesondere zu Alfred Herrhausen.

„Neue“ Politik unter Angela Merkel und „ihre“ Spannungen

Unter Merkel aber waren Brüche besonderer Art zu registrieren. Zunächst schien es, als wende sie sich einer neoliberal zu nennenden Politik zu, in Fragen der Steuer- und der Gesundheitspolitik etwa. Hier liegt der Ursprung des Zerwürfnisses zwischen ihr und Horst Seehofer, der vom Arbeitnehmerflügel der Unionsparteien herkommt. Doch nach der Bundestagswahl 2005, bei der sie schlechter als erwartet und erwünscht abschnitt, vollzug Merkel eine erste Wende. Der sog. Neoliberalismus hatte ausgedient, weil er nicht wie erhofft auf die Wähler gewirkt hatte. Wandelte sie auf den Spuren des zunehmend arbeitnehmerfreundlichen Helmut Kohl? Weitere Brüche im Verhältnis Merkels zur Wirtschaft folgten. Im Zuge der Bankenkrise verlor sie das Vertrauen zu den Führungsetagen der deutschen Finanzbranche, später infolge des Diesel-Skandals auch zu denen der deutschen Automobilindustrie. Anders als früher Gerhard Schröder und einst auch sie selbst wollte Merkel keine „Autokanzlerin“ mehr sein. Bis dahin waren die Verbände der deutschen Industrie und der Arbeitgeber fest an der Seite der CDU-Spitze gewesen, eine Bindung, die sich mit der Dauer von Merkels Amtszeit abschwächte.

Die Konflikte zwischen Merkel und dem Wirtschaftsflügel ihrer Partei gingen weit über die klassischen Themen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik hinaus. Bis 2015 hatte der Wirtschaftsflügel in Partei und Bundestagsfraktion vor allem gegen Merkels Politik zur Euro-Rettung und Griechenland opponiert. Mit dem Beginn der Flüchtlingskrise aber verlor die CDU-Vorsitzende dessen Unterstützung auch auf einem anderen Feld. Im innerparteilichen Kampf um ihre Flüchtlingspolitik konnte sich Merkel auf die Unterstützung der CDU-Frauenunion und der Sozialausschüsse

verlassen – wobei es hilfreich war, dass Protagonist*innen beider CDU-Arbeitsgemeinschaften mit schönen Posten in der Bundesregierung versorgt worden waren. Auf den Mittelstand in der Partei aber konnte sie nicht mehr bauen, auch nicht auf die JU, die an Einfluss gewinnende Jugendorganisation von CDU und CSU.

Zu Kohls Zeiten hatte die JU innerhalb des Spektrums der CDU „links" der Parteispitze gestanden. Mit dem langjährigen JU-Vorsitzenden Philipp Mißfelder und seinem Nachfolger Paul Ziemiak war das vorbei. Die Schülerunion und die JU standen „rechts" der CDU-Führung – zum großen Erstaunen früherer JU-Chefs, die noch ein „Jung sein heißt links sein" verkörpert hatten. Früher hatte es auf Bundesparteitagen Bündnisse und Absprachen zwischen JU, Frauenunion und Sozialausschüssen gegeben. Das ist nicht mehr so. Eine Spitze Merkels auf dem Deutschlandtag der JU charakterisierte das gestörte Verhältnis. Nur Männer waren dort im Herbst 2018 in die engere Führung gewählt worden. Die Kanzlerin bemerkte: „Frauen bereichern das Leben, nicht nur im Privaten, auch im Politischen." Ziemiak lächelte gequält. Er wurde unter die Merkel-Kritiker gerechnet.

Wandel durch Umzug

Mit dem Umzug gen Berlin ging in der CDU eine Wandlung einher. Die Flügel und die Strömungen der Partei verloren an Prägekraft – mit Ausnahme der JU. Dass Ziemiak im Zuge der Umbesetzungen an der Parteispitze CDU-Generalsekretär wurde, zeigt dies an. Einfluss und Außenwirkung der Sozialausschüsse hingegen gingen zurück. Norbert Blüm, ihr früherer Vorsitzender, hatte es zwar nicht allen recht gemacht, nicht einmal Kohl. Doch er fand Gehör und hatte Einfluss, weil er Teile der Arbeitnehmerschaft im Lande für die CDU gewann.

Noch ärger traf es den national-konservativen Flügel der Partei. Ehedem wurde er von Politikern wie Alfred Dregger, zu Kohls Zeiten Vorsitzender der Unionsfraktion, oder auch von Kohls letztem Innenminister Manfred Kanther repräsentiert. Auch ihr politischer Ziehsohn Roland Koch band eine Wählerschaft an die CDU, die sich Jahre später zur AfD abwandelte. Der Flügel war personell ausgedünnt, und inhaltlich legte Merkel keinen Wert auf ihn. Das Mantra der Unionspartien, rechts von ihr dürfe es keine demokratisch legitimierte Partei geben, galt nicht mehr. Knorrige Konservative waren nicht mehr gefragt. Volker Kauder hätte es noch am ehesten die Lücke füllen können. Doch als Vorsitzender der Unionsfraktion fühlte er sich der Loyalität verpflichtet.

Eine konservative Strömung schaffte es nicht, dies aufzufangen. Es gelang auch den Beteiligten nicht zu definieren, was unter „konservativ" zu verstehen sei. Die Wiedereinführung der Wehrpflicht? Die Rückkehr der Kernenergie? Eher verkörperten sie eine Gefühlslage, wonach derjenige konservativ sei, der sich selbst so sehe. Das reichte nicht. Nicht einmal Merkels Flüchtlingspolitik konnten sie erfolgreich konterkarieren. Das tat vor allem die CSU. Merkel setzte sich mit einem typischen CDU-typischen Argument durch: Wer streitet, schadet der Partei und ihren Wahlchancen. Belege dafür fand sie auch, denn die Wahlergebnisse der CDU in den Bundesländern verschlechterten sich. Lange Zeit wurde das nicht der CDU-Vorsitzenden angelastet, sondern ihren Kritikern – bis sich die AfD etablierte.

Dem Wirtschaftsflügel erging es ähnlich – mit Folgen für das wirtschaftspolitische Profil der CDU. Das betreffende Ministerium hatte die CDU über Jahrzehnte nicht mehr besetzt. Der letzte CDU-Wirtschaftsminister vor Peter Altmeier hieß Kurt Schmücker und übte das Amt zwischen 1963 und 1966 aus. In den Oppositionsjahren nach dem Ende von Kohls Kanzlerschaft bemühte sich Friedrich Merz mit Erfolg, der Partei zu einem neuen und scharfen wirtschaftspolitischen Profil zu verhelfen. Nach dem Abgang Merz' träumten viele in der CDU von der Rückkehr des Friedrich Merz – als dem Mann, der die Partei wieder auf den Pfad marktwirtschaftlicher Tugend führen werde. Nach dem Verzicht Merkels auf den CDU-Vorsitz hätte es Merz beinahe geschafft, Parteichef zu werden. Doch nur beinahe. Nach dem Rücktritt AKKs versucht er es wieder.

Abgesang

Auch Merkels Erfolge in Bundestagswahlen verhinderten die Wiederkehr des Friedrich Merz in die Parteipolitik. Entscheidend dafür waren nicht die Stimmanteile der Unionsparteien, die stets zurückgingen. Wichtiger war, dass es Merkel immer wieder gelang, rückschauende Analysen über Wahlergebnisse zu verhindern. Die Warnungen aus den Überbleibseln des konservativen Lagers, die CDU verliere an Verankerung in der Gesellschaft, verhallten ohne Folgen. Für diese Taktik fand sie stets genügend Helfer. Ihr Erfolgsrezept: Die Union stellte im Bundestag die stärkste Fraktion und somit die Bundeskanzlerin. Sie konnte Ministerposten und hochrangige Beamtenstellen verteilen. Natürlich kümmerte sich Merkel auch um die CDU, schon aus eigenem Interesse. In Wahlkämpfen auf Länderebene pflegte sie sich zu engagieren. Auf Bundesparteitagen wurde sie stets mit herausragenden Ergebnissen bestätigt. Die Delegierten wollten mit Merkel nicht so umgehen, wie das in den Jahren davor die SPD mit ihrem Kanzler Schröder getan hatte. Die CDU-Delegierten wollten lieber regieren als folgenlos in der Oppositionsrolle über den Kurs der Partei diskutieren. Merkel war ausweislich der Umfragen in Deutschland beliebt und im Ausland angesehen. In der Bundestagswahl 2013 hätte sie den Unionsparteien beinahe zur absoluten Mehrheit der Bundestagsmandate verholfen.

Eine Programmpartei – auch das gehört zu ihren Gründungsmythen – ist die CDU noch nie gewesen. Im Vergleich zur politischen Konkurrenz war die CDU stets wenig an Programmdiskussionen interessiert. Es reichte, wenn ein Wahlprogramm Erfolge versprach. Debatten um ihrer selbst willen zu führen ist nie im Interesse der Mitglieder gewesen, was aber nicht ausschloss, dass auf ihren Parteitagen gelegentlich mancherlei beschlossen wurde, was hernach in den Parteiarchiven verschwand. CDU-Parteitage haben, wie gerne angemerkt wird, ihre eigenen Gesetze, doch können auch CDU-Delegierte in Wallung geraten und der Führung die Grenzen aufzeigen. Kohl ist widerfahren und Merkel auch. Ihre Machtfülle wurde von den Eskapaden der Delegierten aber nicht gefährdet. Denn eine Grenze wurde in der Regel eingehalten: Die eigene Vorsitzende, gar wenn sie Kanzlerin ist, wird nicht gestürzt. Merkel hatte selbst den Zeitpunkt des Aufhörens zu finden. Als der Status der CDU als Volkspartei gefährdet schien, war es so weit. Merkel hatte den Zeitpunkt gefunden. Die CDU wollte nicht das Schicksal vieler ihrer europäischen Schwesterparteien erleiden, die sich in den vergangenen Jahren quasi in Luft aufgelöst hatten. Auch das gehört zu den Debatten über die Krise der Volksparteien in Deutschland.

Von Bonn nach Berlin: Parteien im Wandel

Stets in der Krise: die SPD

Von Mark Schuster

In den ersten 40 Jahren der Bundesrepublik hab es an der Spitze der SPD vier Vorsitzende: Kurt Schumacher, Erich Ollenhauer, Willy Brandt und Hans-Jochen Vogel. In den 30 Jahren danach wurde der Parteivorsitzende zwölf Mal ausgewechselt. Kein Sozialdemokrat stand so lange an der Parteispitze wie Willy Brandt, der auf 23 Jahre kam, gefolgt von Erich Ollenhauer und Sigmar Gabriel.

Als 1999 das politische Bonn nach Berlin umzog, schien es ein goldenes sozialdemokratisches Zeitalter bevorzustehen. Bundespräsident, Bundestagspräsident, Bundeskanzler – alle hohen Ämter der Demokratie waren Sozialdemokratien. 40,9% der Stimmen hatte die SPD bei der Bundestagswahl 1998 gewonnen. Knapp 20 Jahre später hatte sich ihr Stimmenanteil halbiert, und der Sinkflug setzt sich bisher auch fort. Die Krise der SPD wurde zur Standardformel, selbst als die SPD noch relativ stark war. Gebannt schauten Sozialdemokraten auf die Umfragen für die Bundesebene. Permanent blieben sie unter 30% und damit unterhalb der Messlatte, die eine Volkspartei angeblich zu überwinden hat. Die Stärke der SPD in den Großstädten und auf Ebene der Bundesländer aber spielte in der Wahrnehmung keine Rolle mehr. Dabei hatten die deutschen Städte mit mehr als 200.000 Einwohnern mehrheitlich sozialdemokratische Oberbürgermeister. Auch stellt die SPD heute noch viele Ministerpräsident*innen. Zeitweise ließ sich im Bundesrat nichts gegen die SPD durchsetzen. Angela Merkel blieb nichts anderes übrig, als sich den Wünschen und Bedingungen der SPD zu beugen.

Krisenzeit selbstgemacht

In der Partei aber sprachen alle über eine sozialdemokratische Existenzkrise, was auch ein Ausdruck der Krise selbst war. Wann immer Sozialdemokraten über Zustand und Aussichten ihrer Partei reden, malen sie ein dramatisches Bild – so wie heute immer noch! Sie alle wollen nur das Beste, doch wurde es zum integralen Bestandteil der Auseinandersetzungen, ein Zerrbild der Lage zu zeichnen. Die Analysen, die jede für sich schlüssig sind, widersprachen einander. Linke Sozialdemokraten sehen in der Regierungspolitik Schröders und Münteferings, insbesondere in den Agenda-2010-Sozialreformen die Ursache. Das gute Verhältnis zu den Gewerkschaften sei zerstört worden. Parteitage haben zwar Schröders Politik befürwortet, doch fühlen sich die „einfachen“ Leute und die Sozialdemokraten an der Basis von diesem Kurs nicht mehr repräsentiert. Das sei der eigentliche Grund für das schlechte Abschneiden in den Bundestagswahlen seit 2009. Die SPD müsse sich in der Opposition regenerieren, lauten bis heute die Schlussfolgerungen und Therapieempfehlungen. Diese gewinnt umso mehr an Wirkungskraft, je deutlicher hervortrat, dass sich die Rolle des Juniorpartners in den großen Koalitionen nicht mit besseren Umfragen und Wahlergebnissen auszahlte. Zwar heißt es, die SPD-Minister erledigten ihre Arbeit professionell und setzten sozialdemokratische Politik durch, was auch der Wahrheit entspricht. Der Wähler aber honoriert das nicht!

Die Gegenposition in der Partei ist ebenso deutlich und in sich folgerichtig. Die Partei darf nicht ihre eigene Vergangenheit verraten und muss stolz auf das Geleistete sein. Sie soll Wirtschaftskompetenz beweisen und politische Verantwortung übernehmen. Geschlossenheit sei und ist das Gebot der Stunde. Es geht um die Verwirklichung sozialdemokratischer Ziele. Mit dem Mittel eines SPD-Mitgliederentscheids über den Koalitionsvertrag hatte Sigmar Gabriel nach der Bundestagswahl 2013 den sehr viel stärkeren Koalitionspartner erfolgreich unter Druck gesetzt. Um die skeptische Parteibasis zu überzeugen, brachte er SPD-Vorhaben in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik gegen die Union zur Geltung, den Mindestlohn etwa.

In den Unionsparteien mehrten sich die Beschwerden: Immer werde nur das gemacht, was die SPD wolle. Selbst diese Schützenhilfe überzeugte die Wähler nicht, wie die Wahlen belegen. Die Gegner einer Zusammenarbeit mit den Unionsparteien sahen sich bestätigt, und das umso mehr, als ein halbes Jahr nach Antritt der dritten Koalition unter Merkel die SPD bundesweit bei 15% landete – hinter der Union, den Grünen und je nach Institut sogar der AfD. Volkspartei? Das war auf langer Zeit einmal, das muss im Grunde jedem Sozialdemokraten klar sein!

Ein drittes Erklärungsmuster kam auf. Die Krise der SPD geht auf den Umgang der Parteibasis mit ihrem Spitzenpersonal und das Verhalten der Spitzenpolitiker untereinander zurück. Jeden Konflikt pflegen wir Sozialdemokraten bis zum bitteren Ende auszutragen. Differenzen unter den Teppich zu kehren oder sie wenigstens nicht öffentlich auszutragen, wie das in der CDU meistens gerne gehalten wird, ist nicht ihre Sache. Daran ist vieles dran, wie sich beim Umgang mit Andrea Nahles gezeigt hat. Solche Gewohnheiten schüren Misstrauen und hinterlassen Wunden, die oft Jahre später wieder aufplatzen.

Begann alles mit dem Machtkampf Schröder-Lafontaine?

Seit dem Rücktritt Lafontaine vom SPD-Vorsitz im Frühjahr 1999 hatte die Parteilinke ihren Bezugspunkt verloren. Seither gab es bisher auch keinen Vorsitzenden mehr, der das intellektuelle Vermögen gehabt hätte, das linke gesellschaftliche Spektrum in Deutschland an die SPD zu binden. Ob dies Esken/Walter-Borjans vermögen, bleibt offen. Andererseits war es unerträglich gewesen, wie Lafontaine die Partei zum Opfer seiner Rache an Schröder gemacht hatte.

Bundestagswahl 2005. Die SPD lag nur einen Prozentpunkt hinter der Union und es lag auf der Hand, dass Oskar Lafontaine mit seiner Kandidatur für das Linksbündnis aus WASG und PDS der SPD die wenigen fehlenden Stimmen genommen hatte. Weder reichte es für eine schwarz-gelbe noch für eine rot-grüne Koalition. Rot-rot-grün lehnte die

SPD ab, allein schon um eine Zusammenarbeit mit Lafontaine, der sie verraten habe, auszuschließen. Überdies war die SPD-Spitze gewillt, die Agenda-2010-Poltik Schröders fortzusetzen.
Seitens der SPD umgaben Schröders Gefolgsleute die neue Bundeskanzlerin Merkel. Müntefering wurde Arbeits- und Sozialminister sowie Vizekanzler, Frank-Walter Steinmeier Außenminister, Peer Steinbrück Finanzminister. Zwei Ziele hatte die gesamte Personalpolitik 2005. Es sollte erstens der alte Kurs gehalten werden, zweitens sollten den Kabinettsneulingen der Unionsparteien regierungserfahrene Sozialdemokraten gegenübergestellt werden.
Garantierte politische Erfolge erwartete die SPD-Spitze. Sie erfüllten sich aber nur auf der sachpolitischen Ebene, die Minister der SPD leisteten gute Arbeit. Die Kooperation mit den Ministern der Union verlief in den üblichen professionellen Bahnen, doch auch Wertschätzung trug das persönliche Zusammenwirken. Müntefering meinte zwar, Merkel verliere sich zu sehr in Details, und kritisierte intern Merkels Führungsstil als zu weich. Doch hatten beide während der Koalitionsverhandlungen ein Fundament gegenseitigen Vertrauens gelegt. Zudem unterhielt Volker Kauder mit keinem anderen Fraktionsvorsitzenden späterer Koalitionsfraktionen ein solches Vertrauensverhältnis wie zu Peter Struck.

Es fehlt ein Moderator

In der SPD aber fehlte ein Moderator. Schröder kam dafür nicht mehr in Betracht, nachdem er sich aus der innerparteilichen Meinungsbildung zurückgezogen hatte. Sein Engagement für die russische Energiewirtschaft stieß in der Partei auf Unmut. Nach seinem Rücktritt vom Parteivorsitz kam auch Müntefering nicht mehr als Moderator in Betracht. Und Platzeck? Der war zwar mit großer Mehrheit zu seinem Nachfolger gewählt worden, doch fehlten dem brandenburgischen Ministerpräsidenten Nervenstärke, bundespolitische Erfahrung und die Machtbasis, die ein Parteivorsitzender im Alltag benötigt. Müntefering schöpfte seine Rolle so aus, als sei er noch Parteichef. Im April 2006 trat auch Platzeck zurück, es folgte Kurt Beck.
Auch Beck war beliebt in der SPD. Er entsprach eben dem Bild eines klassischen Sozialdemokraten. Auch er unterstützte Schröders Agenda 2010. Deftige, einfache, volksnahe Sprüche liebte auch er. Bald begann aber in Berlin das Gerede, ob diese Sprüche Ausdruck einer politischen Naivität seien. Eine außenpolitische Äußerung von ihm, die Regierung in Afghanistan solle das Gespräch mit den „gemäßigten Taliban“ suchen, verstärkte das Getuschel. Man bezweifelte, ob der Parteivorsitzende Kanzlerkandidat werden könnte. Beck, der es versäumt hatte, im Willy-Brandt-Haus Mitarbeiter seines Vertrauens zu installieren, entwickelte eine fast körperliche Aversion gegen die Verhältnisse in Berlin.
Im Herbst 2008 sollte dann Steinmeier als Kanzlerkandidat ausgerufen werden. Weil schon in der Nacht zuvor die Nominierung Steinmeiers via Spiegel-online bekannt und außerdem mit Hinweisen versehen wurde, Beck habe sich unfreiwillig fügen müssen, trat Beck vom SPD-Vorsitz zurück. Nachdem die SPD ihr bis dato schlechtestes Ergebnis eingefahren hatte, verzichtete der alte, neue Parteivorsitzende Müntefering wieder einmal auf den Parteivorsitz. Sofort stand fest, dass Sigmar Gabriel ihn beerben würde. Sein Auftrag: Ruhe in die Partei bringen und das zerbrochene Verhältnis zu den Gewerkschaften reparieren. Generalsekretärin wurde Andrea Nahles. Das Misstrauen aber, das sich über vier Jahre lang in die Führung der

Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:
- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten
- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

SPD eingenistet hatte, blieb bestehen.

Mit einem ungleichen Paar von Berg- zur Talstation

Mit Gabriel und Nahles wurden zwei Sozialdemokraten unterschiedlichen Typus aneinandergebunden. Sie mochten einander nicht. Parteipolitisch waren sie unterschiedlich sozialisiert: Gabriel kam von der Jugendorganisation der Falken, während Nahles vier Jahre lang Bundesvorsitzende der Jusos und anschließend die Sprecherin der Parteilinken gewesen war. Nahles verfügte deshalb in der SPD über ein Netzwerk, das in alle Untergliederungen hineinreichte. Daran mangelte es Gabriel. Seine Rhetorik konnte Parteitage beeindrucken, dabei war er impulsiv und sprunghaft. Nahles hatte darunter zu leiden und erzielte auf Parteitagen stets nur mäßige Ergebnisse. Sie dachte in klaren Strukturen. Gabriel wiederum wollte führen, ohne freilich den letzten Schritt zu machen. Der Wahlkampf Nahles für Steinbrück war eine Fron und stand unter einem schlechten Stern. Es unterliefen ihm Fehler, und er bot Anlass zu Missdeutungen. In der SPD stöhnten sie auf. Nahles musste schweigen. Steinbrück verlor die Bundestagwahl 2013. Wieder trat sie in eine Große Koalition ein. Weil Nahles nicht mehr dem SPD-Vorstand angehörte, konnte sie sich fortan auf den innerparteilichen Querelen heraushalten, ihr Ressort in den Mittelpunkt rücken und sich Respekt erwerben. Die Unionsparteien würdigten öffentlich ihre Verlässlichkeit, etwa in Gestalt von Volker Kauder.

Für die SPD aber kam es noch schlimmer. Umfragen im Sommer 2015 sahen immer noch bei 25%. Selbst eine Mehrheit der SPD-Anhängerschaft hielt Gabriel für ungeeignet, Bundeskanzler zu werden. Schlussendlich zog Gabriel aus der innerparteilichen Opposition die Konsequenz und überließ die Kanzlerkandidatur und den SPD-Vorsitz dem in der deutschen Innenpolitik gänzlich unterfahrenen Europa-Politiker Martin Schulz. Auch das geschah ohne große Debatte. Schulz wurde aber wie ein Erlöser gefeiert. Der „Schulz-Hype“ aber zerplatzte wie eine Seifenblase. Eine der Ursachen, wie Schulz sie sah: unter Gabriels Parteivorsitz war es im WBH versäumt worden, den Wahlkampf vorzubereiten. Schulz fand nichts vor – keine Konzepte, keine Mitarbeiter.

Dem Wahldesaster folgten Personal- und Positionswechsel in einer nie dagewesenen Geschwindigkeit. Einmütig beschloss die Parteispitze als Konsequenz aus dem Wahlergebnis, die SPD habe sich nun in der Opposition zu bewähren. Die Partei atmete auf, endlich Merkels Gefängnis verlassen zu können. Nahles stieg zur Chefin der Fraktion auf. Niemals werde er in eine Merkel-Regierung eintreten, sagte Schulz. Diese Festlegung sollte sich als unvorsichtig und voreilig erweisen, die Kehrtwende folgte wenige Wochen später. Gegen Schulz wurde gestichelt; er fühlte sich von den SPD-Führungspolitikern wie Olaf Scholz hintergangen. Doch im Amt des Parteivorsitzenden wurde er mit immerhin 81,9% bestätigt.

DIE Parteivorsitzende – erst geheim, dann offiziell

In Wirklichkeit übernahm Nahles mit ihren Reden auf Parteitagen und auch in den folgenden Sondierungs- und Koalitionsgesprächen mit der Union die Führung der Partei. Schulz strebte einen Ministerposten an und sagte dies auch noch öffentlich, es die SPD-Mitglieder über den Koalitionsvertrag abgestimmt hatten. Es folgte der berechtigte Aufstand in der Parteispitze. Schulz verzichtete. Nahles wurde zur künftigen SPD-Vorsitzenden erkoren. Gabriel und Schulz aber hatten endgültig zu weichen. Nichts blieb den beiden als ihr Mandat im Deutschen Bundestag – und später natürlich die Möglichkeit, schlecht über Nahles und Scholz zu reden.

Die SPD-Mitglieder folgten mehrheitlich der neuen Führung. 66% für den Koalitionsvertrag, aber auch 66% für Nahles. Wenig sei das und geschwächelt sei sie, sagten die einen. Mehr sei nicht zu erwarten gewesen und das Ergebnis spiegelte die Stimmung in der Partei wider, sagten die anderen. Gleichwie: Erstmals stand der SPD eine Frau vor. Freude kam deswegen merkwürdigerweise nicht auf. Schon immer war es das Problem der machtbewussten und durchsetzungsfähigen Sozialdemokraten gewesen, dass ihre Beliebtheit in den eigenen Reihen Grenzen hatte. Auch bei Olaf Scholz verhält es sich so, fortan Vizekanzler und Finanzminister.

Erstmals stand Nahles nun voll im Wind, sah sich Attacken von links und rechts ausgesetzt, vor allem nach der „Affäre Maaßen“. Der Sturm der Entrüstung brach los, der vor allem Nahles traf. Eine andere, passendere Regelung wurde gefunden, was ihr wenig half. Nahles wisse nicht, was das Volk denke, sagten ihre internen Kritiker. Sie habe ihr politisches Sensorium verloren. Nahles müsse sich mehr als bisher mit dem SPD-Vorstand „rückkoppeln“. Die Umfragewerte der SPD sanken deutlich unter 20%, was nicht nur an Andrea Nahles lag. Andrea Nahles gab der Wochenzeitung Die Zeit ein Interview: „Wir werden uns aus dem gedanklichen Gefängnis der Agendapolitik, über die viel zu lange rückwärtsgewandt geredet wurde, befreien“, kündigte sie an. Für Parteilinke war es zu wenig und zu unbestimmt. Für Parteirechte war es Verrat an der jüngeren Geschichte der SPD. Die Umfragen sackten als Folge weiter ab. Das Raunen begann. „Nahles kann es nicht“. Am Ende wurde sie weggepustet.

Die neue Zeit

Nachfolger wurden nach einer halben Ewigkeit des Kandidaten-Castings ein Duett: Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans. Gewählt hauptsächlich mit dem Versprechen, nie wieder in eine Große Koalition einzutreten und die jetzige zu verlassen. Alle Hoffnungen wurden zerplatzt. Die SPD befindet sich nun immer noch in der Großen Koalition.

Was muss allerdings geschehen, um wieder in die Bergstation zu fahren? Hamburg hat es vorgemacht und eigentlich nur auf ihre Themen gesetzt: Sozial-, Bildungs- und Klimapolitik. Darauf muss die Bundes-SPD für 2021 ebenfalls setzen und keine neuerlichen Personalquerelen durchleben. Am Profil an sich mangelt es nicht, nur an der Außendarstellung! Die SPD muss klar zeigen, was sie will und was sie vor allem auch erreicht hat. Alles andere zeigt die Zukunft. Die Berliner Zukunft muss nicht zwangsläufig eine schlechte sein.

Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Mai 2020
22. April 2019

Solange die Corona Phase dauert, werden die physischen Treffen der SPD Erlangen Ost nicht stattfinden können. Aktuelle Daten entnehmen Sie bitte dem Internet.
https://ost.spd-erlangen.de/!

Distrikt Ost

Vorsitzender:
Munib Agha
Telefon: 9731163
Mobil: 0160-3581886
munib_agha@hotmail.com

Liebe Jusos,
im April treffen wir uns am
- 07.04. (Thema: Corona und New Green Deal)
- 21.04. (Thema: Umweltstaatspapier, Sozialstaatspapier)
Durch den Corona-Virus wird an einer technischen Lösung eines Treffen gefeilt. Die Sitzungen finden demnach im Rahmen einer Video-/Telefonkonferenz statt. Näheres wird über Mail oder anderweitig bekannt gegeben.
Wir freuen uns natürlich auf eine rege Beteiligung.
Grüße, euer Vorstand

Jusos

Vorsitzende:
Felix Klingert
Sophia Waldmann

Wir haben gute Voraussetzungen geschaffen für ein friedliches Leben in Wohlstand für Alle. Dennoch ist die soziale Polarisierung überall in der Welt gewachsen, die Herausforderungen sind größer geworden. Aktuell erleben wir die Gefährdung der Weltwirtschaft durch einen kleinen Virus. Die Angst vor einer Weltwirtschaftskrise, vor Digitalisierung, Automatisierung, Arbeitsplatzverlust und Klimawandel wächst. Die Gewinner*innen von heute sind immer häufiger die Verlierer von morgen.

Der blinde Glaube an einen Markt, „der es schon richten wird", hat zu einer blinden Ausrichtung am Maximalprofit und zur weltweiten Dominanz der Finanzmärkte geführt. „Jeder gegen Jeden" statt „Solidarität". Eine falsche Wirtschaftspolitik spaltet die Welt in wenige Gewinner und viele Verlierer. Diese Politik der Spaltung ist aber auch überwindbar!

Die Gewerkschaften kämpfen für eine solidarische und ökologische Marktwirtschaft, in der technischer Fortschritt und Produktivitätssteigerungen zum Vorteil für Alle genutzt werden können und die Natur als Lebensgrundlage erhalten wird.
SOLIDARISCH IST MAN NICHT ALLEINE!

Der 1. Mai ist Anlass, unsere Erfolge zu feiern und die nächsten Ziele zu benennen.

SOLIDARITÄT BEZIEHT ALLE MENSCHEN MIT EIN!
DESHALB FORDERN WIR:

- Tarifverträge für allgemeingültig erklären!
- Abbau des Niedriglohnsektors mit einem Mindestlohn von zunächst 12 Euro und Ermöglichung einer Grundsicherung und Rente, die eine menschenwürdige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht!
- Arbeitsplatzsicherheit bei der Transformation der Betriebe in eine soziale, digitale und ökologische Zukunft!
- Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung!
- Regulierung der Finanzmärkte - hin zu einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft!
- Demokratie und Frieden gegen rechtsextreme und rassistische Bewegungen und Parteien verteidigen und ausbauen!

Wir haben Forderungen gestellt und werden für ihre Umsetzung kämpfen – gemeinsam!
Kommen Sie zu Demonstration und Kundgebung für eine solidarische Zukunft!

SOLIADRISCH IST MAN NICHT ALLEINE!
1. Mai 2020 in Erlangen
10 Uhr Demonstration ab Friedrichstr. 7 in Erlangen
Hauptrede: Carsten Kuttnik (IG Metall Bayern)
Beiträge aus Erlanger Betrieben
11 Uhr Kundgebung auf dem Neustädter Kirchenplatz
Anschließend Mai-Fest mit Info-Markt, Bewirtung und Musik

ViSdP: DGB Wolfgang Niclas Friedrichstr. 7 91054 Erlangen